



08. April 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Allgemeine Impfpflicht kommt nicht**
- **Kabinett beschließt „Osterpaket“**
- **BaföG-Öffnung beschlossen**
- **Finanzielle Anerkennung für Pflegekräfte in der Pandemie**
- **Wahlrechtskommission hat ihre Arbeit begonnen**
- **Fortführung der Haushaltsberatungen**
- **Edgar Franke zum Tag der Pressefreiheit**
- **Ostergruß**

Allgemeine Impfpflicht kommt nicht

Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für die allgemeine Impfpflicht. Erst vor zwei Tagen hatte das Meinungsforschungsinstitut Forsa ermittelt, dass 62 Prozent eine allgemeine Impfpflicht wollen. Der Bundestag hat nach einer hitzigen Debatte die Impfpflicht jedoch abgelehnt, selbst die ab 60 Jahren. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat daraufhin einem möglichen neuen Anlauf für die Einführung einer Corona-Impfpflicht eine Absage erteilt.

Bundeskanzler Scholz sagte, er sei unverändert davon überzeugt, dass es richtig wäre, wir hätten eine Impfnachweispflicht in Deutschland. Mit der Bundestagsentscheidung aber sei eine sehr klare Aussage des Gesetzgebers getroffen. Man werde alles dafür tun, dass noch mehr Bürgerinnen und Bürger dieses Landes davon überzeugt würden, sich impfen zu lassen, kündigte er an.

Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund fordert ebenfalls nach der Ablehnung der Impfpflicht durch den Bundestag mehr Einsatz vom Bund zur Erhöhung der Impfquote. Das Ziel einer höheren Impfquote dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Der Bund bezeichnete es als frustrierend, dass mit der Entscheidung des Bundestags gegen eine Impfpflicht das Problem auf die Schultern derjenigen verlagert werde, die in der Patientenversorgung arbeiteten.

Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär im Gesundheitsministerium, betonte: „Mir ist außerordentlich wichtig, dass vielen Menschen, insbesondere aber jener der vulnerablen Gruppe der Menschen über 60 Jahre, ein möglichst hohes Schutzniveau zu Gute kommt. 90 Prozent der Corona-Todesfälle betreffen Menschen, die über 60 Jahre alt sind. Allerdings sind nahezu 3 Millionen Menschen dieser Gruppe noch nicht geimpft. Eine möglichst hohe Impfquote für diese Gruppe ist aber von größter Bedeutung. Studien aus Israel haben gezeigt, dass das Risiko, infolge einer Infektion zu sterben, in dieser Altersgruppe bei einer hohen Impfquote um bis zu 80 Prozent reduziert werden kann.“



Kabinett beschließt „Osterpaket“

Die Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket, das sog. „Osterpaket“, im Kabinett beschlossen. Die zentrale Botschaft lautet: wir setzen alle Hebel in Bewegung, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Das ist ein zentraler Schritt auf dem Weg hin zu unserem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 80% zu erhöhen und über alle Sektoren hinweg in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein.



Dies ist nicht nur aus Klimaschutzgründen notwendig und dringlich. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt auf dramatische Weise, wie wichtig es für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung ist, dass wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten schnell reduzieren. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa spielt dabei eine zentrale Rolle.

Das Osterpaket umfasst drei Gesetzesvorhaben:

- Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verankert die neuen Ausbau- und Mengenpfade und legt Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele fest.
- Die Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) erhöht die Ausschreibungsmengen für Offshore-Wind und gestaltet das Förderregime abhängig von den Flächenarten mit dem Ziel einer wesentlichen Beschleunigung des Ausbaus neu.
- Im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) werden vor allem Maßnahmen zur Netzausbaubeschleunigung gesetzlich geregelt – sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilnetz.

BAföG-Öffnung beschlossen

Mit dem diese Woche im Kabinett beschlossenen Entwurf eines 27. BAföG-Änderungsgesetzes haben wir einen ersten wichtigen Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung getan.

Wir wollen vor allem die Reichweite des BAföG deutlich ausdehnen und heben daher die Freibeträge vom Einkommen um 20 Prozent an. Auch die Bedarfssätze, den Kinderbetreuungszuschlag und vor allem den Wohnzuschlag wollen wir signifikant erhöhen, sodass der Förderungshöchstbetrag von heute 861 Euro auf 931 Euro ansteigen wird. Wir wollen auch die Altersgrenze im BAföG von 30 Jahren beim Beginn einer förderungsfähigen Ausbildung zusammen mit der bisher gesonderten Altersgrenze von 35 Jahren für den Beginn eines Masterstudiums auf künftig einheitlich 45 Jahre anheben. Auch später im Leben getroffene Entscheidungen für eine höher qualifizierende Ausbildung verdienen Unterstützung.

Auch die Möglichkeit des Restschulderlasses nach 20 Jahren wollen wir auf alle Darlehensnehmenden ausdehnen und unter vereinfachten Bedingungen und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgestalten. Nicht zuletzt wollen wir durch die Abschaffung des Schriftformerfordernisses im BAföG - und zugleich auch im AFBG - die digitale Antragstellung erleichtern und in erheblichem Maße zur Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Damit profitieren die Studierenden und Schülerinnen und Schüler schon zum kommenden Schuljahresbeginn bzw. Wintersemester von spürbaren Leistungsverbesserungen. Das 27. BAföG-Änderungsgesetz ist aber erst der Einstieg in eine umfassendere Neuausrichtung der individuellen Bildungsförderung, die wir uns im Koalitionsvertrag gemeinsam vorgenommen haben.

Mehr BAföG für mehr Studis!

Im Koalitionsvertrag vereinbart und im Kabinett beschlossen – wir heben an:

- die **Freibeträge** um volle 20 Prozent
- die **Bedarfssätze** und den **Zuschlag für Kinderbetreuung** um 5 Prozent
- den **Wohnkostenzuschlag** auf 360 Euro
- die **Altersgrenze auf 45 Jahre** zu Beginn des zu fördernden Ausbildungsabschnitts

Und: BAföG kann endlich **digitaler und schneller** beantragt werden

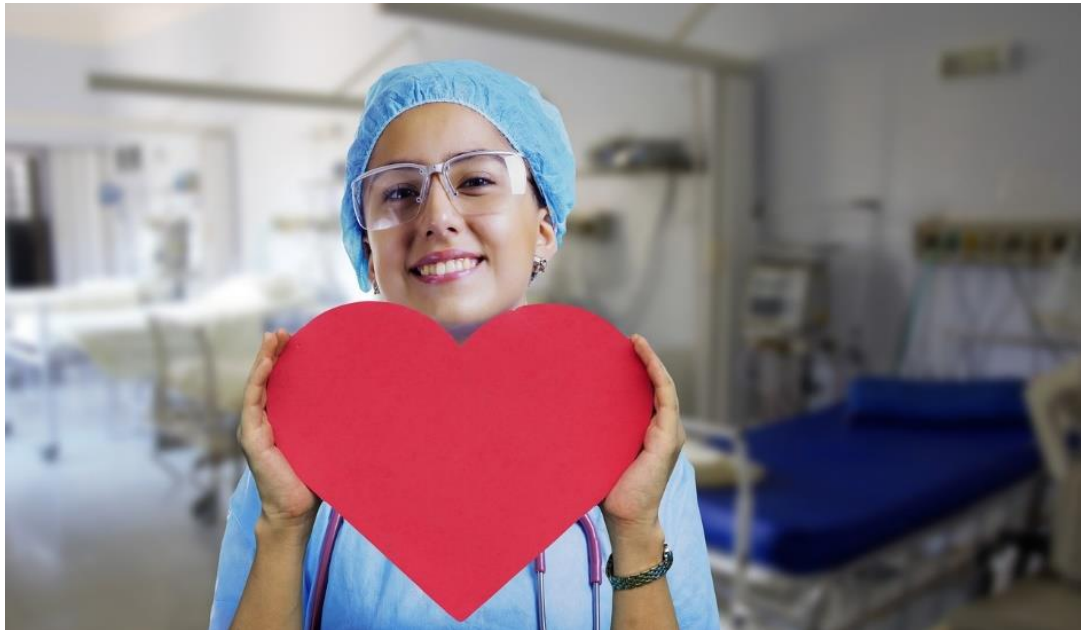
SPD
Fraktion im Bundestag

Foto: Nathan Dumilao / Unsplash

Finanzielle Anerkennung für Pflegekräfte in der Pandemie

Die Pandemie hat zu erheblichen Mehrbelastungen in vielen Krankenhäusern und in der Langzeitpflege geführt. Besonders auf den Intensivstationen der Krankenhäuser haben die Pflegerinnen und Pfleger Außergewöhnliches geleistet und leisten es nach wie vor. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass dieses Engagement finanziell gewürdigt wird.

Deshalb bringen wir nun einen Pflegebonus auf den Weg, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben. Insgesamt sehen wir für den Bonus eine Milliarde Euro vor, von denen 500 Millionen Euro an



Pflegekräfte in den Krankenhäusern sowie 500 Millionen Euro an die Beschäftigten in der ambulanten und stationären Langzeitpflege fließen sollen.

Die Prämien sind steuer- und sozialversicherungsfrei, damit die Beschäftigten in vollem Umfang davon profitieren.

Die Prämienhöhe hängt von der Nähe zur Versorgung, der Qualifikation und der wöchentlichen Arbeitszeit ab. So erhalten Vollzeitbeschäftigte, die in der direkten Pflege und Betreuung der Pflegeeinrichtung arbeiten, bis zu 550 Euro. Auch Azubis, Freiwilligendienstleistende und Leiharbeitnehmer erhalten einen Bonus.

Über den Pflegebonus hinaus werden wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten strukturellen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege anpacken. Wir sorgen unter anderem für mehr Personal, schaffen Lohngerechtigkeit in der Kranken- und Altenpflege, führen einen Verdienst in Tariffhöhe ein, schaffen geteilte Dienste ab und setzen uns für familienfreundlichere Arbeitszeiten für Beschäftigte mit Kindern ein.

Wahlrechtskommission hat ihre Arbeit begonnen

Das Bundeswahlgesetz verpflichtet den Bundestag, eine Reformkommission einzusetzen, die sich mit Fragen des Wahlrechts befasst und Empfehlungen erarbeitet.

Die Reformkommission setzt sich aus 13 Bundestagsabgeordneten (jeweils 4 SPD, 3 CDU/CSU, 2 Grüne, 2 FDP, 1 Linke, 1 AfD) und 13 Sachverständigen zusammen.

In dieser Woche konstituierte sich die Kommission. Sie soll bis zum 31. August 2022 einen Bericht vorlegen. Die Kommission hat sich mit folgenden Themen zu befassen:

- Der Bundestag soll ab der nächsten Legislaturperiode verkleinert werden.
- Auch die Parlamentsarbeit soll durch mehr Transparenz und Nutzung der Digitalisierung modernisiert werden.
- Darüber hinaus ist über die Absenkung des Wahlalters, eine Verlängerung der zukünftigen Wahlperioden, die Begrenzung von Amts- und Mandatszeiten, sowie eine Bündelung von Wahlterminen von Bund und Ländern zu beraten.
- Außerdem soll sich auch mit der Geschlechtergleichheit (sog. Parität) auseinandergesetzt werden.

Fortführung der Haushaltsberatungen

Am Mittwoch und Donnerstag hat der Haushaltsausschuss mit seinen Beratungen der Einzelpläne begonnen. Im Ausschuss werden die Ausgaben und Einnahmen der jeweiligen Bundesministerien und -behörden beschlossen und sodann als Empfehlung dem Bundestagsplenum vorgelegt.

Für **Esther Dilcher** standen ihre Einzelpläne 03 Bundesrat und 19 Bundesverfassungsgericht auf der Tagesordnung. Justiz (Einzelplan 07) und Ernährung & Landwirtschaft (Einzelplan 10) werden in den nächsten Sitzungen folgen.

Weitere Beratungen fanden zum Bundesinnenministerium, zum Bundespräsidenten und zum Bundeskanzleramt statt, wobei jeweils die Ministerinnen und Minister bzw. die Behördenleitungen des Bundespräsidialamts und des Bundeskanzleramts dem Ausschuss zur Verfügung standen und an der Ausschusssitzung teilnahmen.

Edgar Franke zum Tag der Pressefreiheit

„Die Pressefreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Sie stellt sicher, dass Bürgerinnen und Bürger bestmöglich informiert sind und so fundierte Entscheidungen treffen können. Leider zeigt uns die aktuelle geopolitische Lage, dass eine freie Presse keine Selbstverständlichkeit ist. Ebenso wenig ist sie ein Selbstläufer. Damit sie uns vor Demokratiefeinden schützen kann, muss sie gelebt und unterstützt werden.“



Die nächsten Aktuellen Hauptstadtfinfos gibt es wieder am 29. April 2022

Frohe Ostern

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

wünschen Esther Dilcher und Edgar Franke

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3

<https://pixabay.com/de/photos/verl%c3%a4ngerbar-energie-umgebung-wind-1989416/>,
Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 <https://pixabay.com/photos/nurse-heart-pulse-stethoscope-3624463/>, Seite 7 BMG/Thomas Köhler photothek, Seite 8
<https://pixabay.com/de/illustrations/frohe-ostern-ostern-hintergrund-656539/>

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.